

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«*Ja zur Schweiz*»

Nein zur Unterdrückung der Frau

2

Links-ideologischer Verfassungsbruch

12

«Leichte Sprache»: Herablassend und dumm

17



Nein zur Unterdrückung der Frau

Ja zum Verhüllungsverbot

von Monika Rüeegger, Nationalrätin, Engelberg OW

In der Schweiz verstecken wir die Frauen nicht unter einem schwarzen Tuch! Darum stimmen wir am 7. März JA zum Verhüllungsverbot.



Das Gesicht ist Ausdruck unserer Person, unser Fenster zur Welt. Wer Frauen vollverschleiert unter einer Burka oder einem Niqab versteckt, beraubt sie eines wesentlichen Teils ihrer Persönlichkeit. In einem freien Land, in dem Frau und Mann laut Verfassung gleichgestellt sind und sich auf Augenhöhe begegnen, darf eine solche Form der Unterdrückung nicht geduldet werden. Die Frauen unter einem Tuch mit Guckloch zu verstecken, ist eines aufgeklärten Landes unwürdig.

Mit Religion nichts zu tun

Burka oder Niqab haben mit Religion nichts zu tun; vielmehr geht es um eine Art Züchtigung der Frau. Die Burka und der Niqab sind weder traditionelle islamische Frauenkleider noch sind sie ein Gebot des Korans und der Sunna. («Sunna» bezeichnete in vorislamischer Zeit die Sitten, Werte und Normen der verschiedenen arabischen Stämme.)

Erst im 19. Jahrhundert wurde die Geschlechter-Apartheid im Islam gefordert und später von radikal-fundamentalistischen Regimen durchgesetzt. In den 1970er und -80er Jahren trugen die Frauen in den afghanischen und iranischen Strassen mit sichtlicher Freude und Stolz Miniröcke und offenes Haar. Seit der «Islamischen Revolution» sowie dem Machtanspruch der Taliban und andern radikalen Gruppierungen bis hin zum «Islamischen Staat» werden die Frauen bis zur Unkenntlichkeit verschleiert – leider auch gesteinigt und getötet. Sie gelten als minderwertig.

Bei der Ganzkörperverschleierung der Frau geht es um ihre Kontrolle durch den Mann. Der weibliche Körper könnte als Objekt der Begierde gelten, daher soll er für die Öffentlichkeit unsichtbar gemacht werden.

Stoffgefängnis für die Frau? Nicht in der Schweiz!

Wir leben in der Schweiz, hier stecken wir keine Frauen in ein Stoffgefängnis. Solch patriarchalisches Gebaren darf hierzulande keinen Nährboden finden. Unsere Mütter haben uns mutig den Weg bereitet für die Gleichstellung von Mann und Frau. Für uns und unsere Töchter und Söhne ist dies eine Selbstverständlichkeit. Weshalb dieser Rückschritt? Welches Vorbild ist eine muslimische Mamma für ihre Kinder, wenn sie sich in der Öffentlichkeit nur unter einer Burka «zeigen» darf?

Beschämende «Argumente» der Gegner

Die Argumente der Gegner sind beschämend. Sie argumentieren mit einer «liberalen Kleiderordnung» oder behaupten gar, die Frauen würden sich freiwillig verschleiern. Genauso schockierend ist das Argument linker bis zu FDP-Politikerinnen, die Verhüllung betreffe ja nur wenige Frauen in der Schweiz.

Wer die Verschleierung der Frauen unter dem wohlklingenden Siegel der «interkulturellen Akzeptanz und Toleranz» unterstützt, degradiert diese Frauen in Tat und Wahrheit zur Zweitklassigkeit und macht sich zum Steigbügelhalter der Unterdrückung. Wollen wir das? Wollen wir diese Diskriminierung zulassen, ungeachtet des Artikels 8 unserer Bundesverfassung, wonach Mann und Frau gleichberechtigt sind?

Wenn nicht, dann stimmen auch Sie am 7. März 2021 JA zum Verhüllungsverbot.

Monika Rüeegger

Murmeltiersalbe von Exmonte
– Preis-Leistungs-Sieger

exmonte@bluewin.ch
www.exmonte.ch
062 875 27 40

SCHUMACHER IMMOBILIEN+
mehrwert machen

„Wir bieten Dienstleistungen rund um Grundstücke, Immobilien und deren Planung an.“

Hugo Schumacher
4542 Luterbach
032 682 03 88
www.schumacher-immobilien.ch

Gesellschaftliche Sterilisation

Unzensuriert



Trickfilme wie «Das Dschungelbuch» oder «Dumbo» gehören zu den bekanntesten Kinderfilmen. Ganze Generationen von Kindern sind damit aufgewachsen – zumindest bisher. Denn das US-amerikanische Medienunternehmen «Disney» hat bei seinem Streamingdienst vor einigen Tagen diese und andere Trickfilm-Klassiker aus der Kinderabteilung entfernt und sie zudem mit Warnhinweisen versehen. Die Filme würden «negative Darstellungen und/oder eine nicht korrekte Behandlung von Menschen oder Kulturen» enthalten.

Gemeint sind rassistische Stereotypen: In «Dumbo» gibt es eine Szene, in der schwarze Arbeiter ein Zirkuszelt aufstellen und singen: «Wenn andere ins Bett gehen, schufteten wir uns ab, bis wir sterben.» Sie hätten zudem nie lesen und schreiben gelernt, seien aber «Hilfsarbeiter mit glücklichen Herzen». Diese Filmszene gilt nun als «zynische Verharmlosung der historischen Versklavung von schwarzen Menschen». Und das Dschungelbuch wurde verbannt, weil die Orang-Utans dort Karikaturen von schwarzen Menschen seien, sie würden als «faul, hysterisch und dumm dargestellt» und entsprächen so «dem Klischee, das während der Kolonialzeit über schwarze Menschen etabliert wurde».

Etwas mehr Gelassenheit wäre angebracht. Immerhin kommen Kinder auch nicht auf die Idee, Orang-Utans könnten sprechen und Elefanten fliegen, nur weil dies in jenen Filmen so ist. Und gerade die Generationen von Kindern, welche mit Filmen wie dem Dschungelbuch oder Dumbo gross geworden sind, haben später politischen Initiativen für eine Gleichberechtigung von Menschen verschiedener Herkunft zum Erfolg verholfen. So problematisch können die Filme also nicht sein.

Rassismus zu bekämpfen heisst nicht, eine Gesellschaft gleichsam zu sterilisieren. Ansonsten könnte man sich auch einmal überlegen, die für Grosskonzerne geltenden Massstäbe der politischen Korrektheit auf andere Akteure anzuwenden: Wer kennt beispielsweise nicht die TV-Spots von Hilfswerken, in welchen man notleidende afrikanische Kinder sieht? Hungrig, ungebildet, verloren – alles verbunden mit dem Aufruf zur Hilfe. Bedient nicht auch eine solche Darstellung das Klischee des Afrikaners, der nur mit Almosen des spendablen weissen Mannes zu Nahrung und Bildung kommt?

Womöglich fällt künftig auch die Mitmenschlichkeit der politischen Korrektheit zum Opfer.

Patrick Freudiger

Rekrutenschule 2021 – einfach süss(li) ...

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Loizwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Masseneinwanderung als Menschenrecht?

Vor zwei Jahren hat der Bundesrat seinen Drang, auch beim Uno-Migrationspakt «dabei zu sein», wegen des massiven Widerstands (u.a. durch die «Schweizerzeit») aufs Eis legen müssen. Nun will Aussenminister Cassis den Beitritt erneut durchtrotzen. Dies sei «im Interesse der Schweiz» (NZZ, 4.2.2021).

Wirklich? Ist es in unserem Interesse, wenn Migration (sprich Masseneinwanderung) zum Menschenrecht erklärt wird und unser Asylrecht von Uno-Gremien und -Funktionären bestimmt wird? Ist es in unserem Interesse, wenn jedem Migranten uneingeschränkte Familienzusammenführung und ein Klagerecht wegen angeblich vorenthaltener Leistungen gewährleistet werden muss?

Und ist es im Interesse unseres für Wirtschaftsflüchtlinge ohnehin attraktiven Landes, wenn die Auswanderung durch «Vorbereitungskurse» für Migration in den Herkunftsländern sowie durch die freie Wahl des «Gastlandes» zusätzlich angeheizt wird? Und ist es im Interesse der Medienfreiheit, wenn über Einwanderung unter Strafandrohung nur noch positiv berichtet werden darf?

Natürlich wird nun beschwichtigt, der Migrationspakt sei juristisch «nicht verbindlich», es gehe lediglich um Empfehlungen, um eine Übereinkunft. Aber es liegt bekanntlich in der Natur solcher «Empfehlungen», dass sie früher oder später als verbindlich ausgelegt werden, zumal unser Bundesrat gegenüber Druck von aussen in aller Regel kein Rückgrat zeigt.

Dass man in Bundesbern zudem befürchtet, eine Nichtunterzeichnung des Pakts könnte einen «negativen Effekt» auf unsere Einsitznahme im Uno-Sicherheitsrat ausüben (was das Ende unserer Neutralität bedeuten würde!), ist ein weiterer gewichtiger Grund, dass dieser Pakt auf keinen Fall unterzeichnet werden darf. Das Parlament ist in der Pflicht.

Hans Fehr



Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Desaster



Eines beweist Corona zweifelsfrei: Die Konzentration aller Entscheidungsgewalt in Bundesbern zwecks Krisenbewältigung endet im Desaster.

Ab 2015 wurden Bundesrat, Armee- und Verwaltungsspitzen bezüglich Pandemie-Bewältigung beübt. Daraus wurde der Bedarf an Material (Masken, Beatmungsgeräte) und Spital-Infrastruktur deutlich – vom Bundesrat im Sinne von «Kommt ja doch nie» aber missachtet. Das zweitletzte der acht Militär-Notspitäler wurde wenige Monate vor Corona-Ausbruch liquidiert. Weil Masken fehlten, belog man die Öffentlichkeit. Frau Amherd schwärmte vom grössten Armeeaufgebot seit 1945 – wusste die Aufgebottenen aber kaum einzusetzen. Süssliches Säuseln hat militärische Führung (präzise Lagebeurteilung, Zielformulierung, Feststellung der vorhandenen Mittel, Konzentration der Mittel auf Zielerreichung, zielführende Befehlsausgabe) verdrängt.

Spalte
rechts

Seit Sommer 2020 weiss man: Lebensbedrohlich ist Corona für Senioren. Hat man sie folglich besonders geschützt? Keine Spur! Für Altersheim-Pflegepersonal aus dem Balkan galt Reisefreiheit, welche übers Jahresende vielfach genutzt wurde – und Corona erneut einschleppte, die Senioren erst recht bedrohend.

Zu seiner Beratung nutzte der Bundesrat eine Task Force – und liess deren Exponenten blindwütig selbst gegen die Landesregierung öffentlich, mit Hilfe «actionversessener» Medienleute polemisieren und agitieren. Rechthaberei und öffentliche Hahnenkämpfe (auch mit Hennen) verdrängten jede Beratung. Wirtschafts-Stilllegung sollte plakativ die Handlungsfähigkeit Bundesberns illustrieren. Zum Schutz der Gefährdetsten, der Senioren, trug sie nichts bei. Sie bedroht aber tausende KMU-Betriebe in ihrer Existenz.

Jetzt herrscht totale Planlosigkeit. Wegen der gefährlicheren südafrikanisch-englischen Corona-Mutation müsse die Wirtschafts-Stilllegung bleiben – irgendwie lange. In Tat und Wahrheit will Bundesbern damit seine totale Unfähigkeit bezüglich Organisation der Impfkampagne tarnen. Entschlusslos überlässt der Bundesrat das Feld den Rechthabern der Task Force. Tausende KMU-Betriebe hängen um ihre Existenz.

Wir appellieren ans Parlament: Entzieht dem Bundesrat ohne Verzug all seine Vollmachten. Es kann nur besser werden!

Ulrich Schlüer



Liebe Leserinnen und Leser

Am 7. März 2021 gelangt unsere **Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»** zur Abstimmung. Wir wollen diese symbolträchtige Abstimmung unbedingt gewinnen.

Genauso wie der «Hass auf Ungläubige» sind Burka und Niqab ein **unterdrückerisches Merkmal** des politischen Islams. Das wollen wir auf Schweizer Boden nicht akzeptieren.

Darum **«Ja zum Verhüllungsverbot»**:

- Freie Menschen zeigen Gesicht, wenn sie miteinander sprechen.
- Ja zur Gleichberechtigung und Stopp der erzwungenen Gesichtsverhüllung!
- Stopp der kriminell motivierten Verhüllung durch Vandalen und Chaoten!

Ohne grosse Partei im Rücken, sind wir auf Ihre Hilfe angewiesen. Ich danke Ihnen, wenn Sie uns im Abstimmungskampf unterstützen.

Herzlichst, Ihr

Walter Wobmann
Nationalrat, Präsident Egerkinger Komitee



JA ZUM VERHÜLLUNGSVERBOT: SO KÖNNEN AUCH SIE MITHELFEN!

- Einen **Postversand** unserer **Abstimmungszeitungen** an ausgewählte Gemeinden **sponsorn**. Weitere Infos: www.flyer-ueberall.ch/verhuellungsverbot
- **Kampagne finanziell unterstützen**. Jetzt bequem spenden per **Online-Spendenformular!** Weitere Infos: www.verhuellungsverbot.ch/spenden
- **Plakate aufhängen** auf privatem Grund, an Anlässen und Standaktionen. Kostenlos bestellen: info@verhuellungsverbot.ch oder Tel. 041 440 00 67
- **Leserbriefe** schreiben, kostenlose **Testimonials**, Argumente verbreiten und, und, und... Dazu finden Sie alles auf unserer Website www.verhuellungsverbot.ch

Wer arbeitet denn noch?

Drei von vier leben vom Staat

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Immer weniger müssen für immer mehr aufkommen. Danken wir also jenen, die morgens um sechs Uhr aufstehen.



Lokomotivführer, Pilot, Rechtsanwalt oder Ingenieur. So hies- sen die Berufswünsche früher. Tempi passati. Heute wollen immer mehr junge Menschen zum Staat, dessen Löhne seit 2012 um rund sechs Prozent gestiegen sind – mehr als in fast allen andern Bereichen. Knapp 10'000 Franken verdient man dort im

Schnitt. Unter den Juristen, einst eine Bastion der Selbstständigen, will mittlerweile die Mehrheit zum Staat. Aber auch in den sogenannten «statustiefere Berufen» lebt es sich beim Bund deutlich besser: So verdient eine ältere Sekretärin bei Vater Staat 1'000 Franken mehr als in der Privatwirtschaft. Und ein Küchenchef bezieht für seine Arbeit in der Uni-Kantine 2'200 Franken mehr, als für dieselbe Arbeit in einer Betriebskantine.

Lieber Beamter sein statt malochen

Nebst den guten Löhnen zahlt der Staat auch gute Sozialleistungen. So übernimmt die Pensionskasse des Kantons Zürich z.B. drei Viertel der Beiträge, üblich ist die Hälfte. Kleine und Mittlere Unternehmen geraten da schnell ins Hintertreffen. Kein Wunder wird auch Otto Normalverbraucher lieber Beamter als Angestellter. Dies auch, weil der Staat nie Konkurs anmelden wird und von seinen Schäfchen nicht verlangt, dass sie bis zur Erschöpfung malochen. Ein Staatsangestellter kann noch so bienenfleissig sein – einen Konkurrenzdruck wie in der Privatwirtschaft gibt es nicht. Und falls doch einmal Überstunden anfallen, können diese kompensiert oder ausbezahlt werden. Zudem erhalten fast alle Staatsangestellten jährliche eine Lohnerhöhung. Entlassungswellen wie in der Privatwirtschaft gibt es auch nicht. Im Gegenteil: Der Staat erschliesst sich immer neue Geschäftsfelder: Umweltschutz, Gender-Gaga, Klimawandel, Corona und Gleichstellung halten die linke Klientel mit lukrativen neuen Stellen bei Laune.

Fast zehn Prozent sozialhilfeabhängig

Solchen Luxus kann man sich nur leisten, wenn ansonsten Vollbeschäftigung herrscht. Davon sind wir aber weit entfernt: Im November 2020 waren 670'000 Personen in Corona-Kurzarbeit. Zudem zählte die Schweiz 163'545 Arbeitslose (Stand Dezember) und 340'000 Sozialhilfeempfänger im engeren Sinn. Zählt man auch Bezüger von Ergänzungsleistungen und weiteren Leistungen zur Sozialhilfe, so sind 808'800 oder 9,5 Prozent der Schweizer Einwohner sozialhilfeabhängig (Stand 2018). Weitere 220'000 sind IV-Bezüger (Stand 2019). Und zumeist auch vollständig am Staats-topf hängen 67'000 anerkannte Flüchtlinge und Asylbewerber plus 58'000 im Verfahren Befindliche oder vorläufig Aufgenommene – zusammen rund 130'000.

Einer für drei

Ebenfalls nicht produktiv tätig sind die erwähnten Staatsangestellten bei Bund, Kantonen und Gemeinden, welche immer mehr zunehmen. Schon 2012 wurde ihre Zahl auf 536'000 geschätzt. Insgesamt leben rund 6,1 Millionen Einwohner der Schweiz vom Staat. Bei einer Gesamtbevölkerung von 8,57 Millionen sind also nur noch etwa 2,4 Millionen produktiv tätig. Dank Personenfreizügigkeit arbeitet zudem ein immer grösserer Teil davon in einem Niedriglohnbereich – und immer mehr beziehen Geld vom Staat. Summa summarum arbeiten also kaum mehr als 25 Prozent produktiv. Der Rest bezieht Sozialleistungen oder bezieht seinen Lohn vom Staat. Einer muss arbeiten, damit vier leben können. Ihm gebührt unser Dank.

Hermann Lei

Churz & Bündig

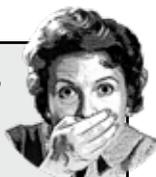
Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat seit wenigen Monaten eine neue Präsidentin: Anne Lévy. In den Medien geniesst sie viel Präsenz. Nicht als Organisatorin einer Impfkampagne, die eigentlich von ihrem Amt aus erfolgen sollte. Nein; die Medien feiern sie, weil sie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zwecks Verbesserung des Arbeitsklimas auffordert, ihre Hunde mit ins Büro zu bringen. Gleichzeitig «nutzt» sie Arbeitskraft stundenlang gegen jene Medien, die der Öffentlichkeit verraten haben, dass sie in einer offenbar sehr komfortablen Acht-Zimmer-Wohnung haust.

Irgendwie scheint sie bezüglich Prioritäten-Setzung ein bisschen überfordert.

us

LACHEN VERBOTEN!

Es isch scho e Zytli här, da hät mir min Götti us Züri gseit: «Häsch gwüssst? D'Sihltalbahn (do na mit Holzbänk) hät jetzt au Spiiswäge!» «Ja was», han i gseit – «super!» Da meint de Götti: «Weisch, chum isch me abgsässe, hät me scho en Spiise im Füdli.»



hf

Leserbriefe

Wir brauchen eine wirksame Grenzkontrolle

Endlich haben die Parteipräsidenten das Thema «Kontrollen an der Grenze», das vom offiziellen Corona-Management nie ernsthaft angegangen wurde, auf den Tisch gebracht. Es stört immer mehr «eingesperrte» Einwohner der Schweiz, dass die Ansteckung durch unkontrolliert einreisende Personen erfolgen kann. Nachweisliche Beispiele sind Wengen und St. Moritz, wo die mutierten Viren zu Ansteckungsherden geführt haben. Statt nun aber zu überlegen, wie diese Massnahme effizient durchgesetzt werden kann, lauten die Kommentare sinngemäss wie üblich: «Das isch immer so gsii, mer händ's no nie anderscht gmacht, da chönnt ja jede cho!» Offenbar eine schweizerische Eigenart, Probleme zu «lösen». Auch die EU hat in der Grenzkontrollfrage gleich argumentiert. Tatsache ist: Die meisten Leute haben genug von diesem inkompetenten und inkonsequenten Krisen-Management. Bundesbern sollte diese Signale ernst nehmen!

Jürg Kaufmann, Rüdlingen SH

«Von Brexit-England lernen»

Kantonsrätin Nina Fehr Düsel, Küssnacht ZH, hat mit ihrem Beitrag «Von Brexit-England lernen» (SZ Nr. 1/2021) den Nagel auf den Kopf getroffen. Die Standhaftigkeit von Premierminister Johnson hat Wirkung gezeigt. Es ist die Pflicht einer demokratischen Regierung, den Willen des Volkes zu respektieren. Davon sind Brüssel und leider auch unsere Regierung weit entfernt. Es macht den Anschein, als habe man in Brüssel – weil man mit den üblichen Drohungen nicht weitergekommen ist – flugs ein neues Virus (das englische Virus) erfunden, um den Vertrag doch noch zu torpedieren. Aber Johnson wird auch diesen perfiden



Reset- oder Off-Knopf?

Natürlich kennt er sie! Aber kann und will er sie auch berücksichtigen? Wohl eher kaum – zu gross ist seine Unterwürfigkeit gegenüber Brüssel, und zu gross der Druck einiger Wirtschaftsverbände und von Mitte-links-Kreisen. Im Volk ist man sich jedoch grossmehrheitlich einig, dass dieser Vertrag für unsere direkte Demokratie schädlich ist. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Das «Institutionelle Abkommen» verletzt und zerstört unsere Souveränität.

Dennoch wird in Bundesbern weitergemauschelt und dem Volk weisgemacht, es gehe um blasse «Präzisierungen». Warum wird nicht endlich der berühmte «Reset-Knopf» gedrückt? Und falls dieser klemmt: Es gibt auch noch den weit wirksameren «Off-Knopf».

Peter Schnyder, Ennenda

Angriff bewältigen. Fazit: Selbst wenn Brüssel auch noch ein «Schweizer Virus» erfinden sollte, muss der Bundesrat an unserer Souveränität festhalten – und von England und Johnson lernen.

René Linder, Steffisburg BE

Querdenker

Querdenker, oft als «Verschwörungstheoretiker» verunglimpft, sind nicht Menschen zweiter Klasse oder gar Staatsfeinde. Es sind ganz einfache Leute, die sich erlauben, anders und vor allem auch kritischer zu denken, als es das nunmehr bald erdumspannende Mainstream-Protokoll verlangt. Zum Glück haben wir diese Querdenker! Dass sie diffamiert, gedemütigt und zuweilen bis aufs Blut verfolgt werden, zieht sich durch die gesamte Geschichte der Menschheit. Gerade sie sind es aber, welche unsere Gesellschaft mit oft wertvollen und sinnvollen Alternativen bereichern!

Ernst A. Rubli, Ramsen SH

Bei uns zeigt man sein Gesicht

Und die Frauen sind gleichberechtigt und dürfen sich kleiden, wie sie wollen. Ausgerechnet die Linken machen nun gegen das Verhüllungsverbot mobil, weil sie es nicht verkraften, dass eine von der SVP unterstützte Initiative die Grundrechte aller Frauen in der Schweiz gewährleisten will. Mit dem Ja zum Verhüllungsverbot am 7. März stellen wir sicher, dass in der Schweiz künftig keiner Frau





**sachlich
entschlossen
engagiert**



**RICHARD
ASCHBERGER**
in den **Regierungsrat**

www.svp-so.ch/aschberger

**Der Passwang-Club unterstützt Richard Aschberger,
Regierungsratskandidat der SVP Kanton Solothurn.**

die Vollverschleierung aufgezwungen werden kann. Zusätzlich sorgt die Initiative für mehr Sicherheit: Chaoten machen sich strafbar, wenn sie sich bei Demonstrationen vermummen. Angesichts dieser Tatsache ist die Opposition der Linken vielleicht gar nicht so unlogisch ...

Thomas Werner, Kantonsrat, Unterägeri ZG

Die reale Niqab/Burka-Welt

In meinem Wohnquartier ist kürzlich eine muslimische Familie in eine Sozialwohnung zugezogen. Die zwei Kinder, ein Knabe und ein Mädchen, wurden in den Kindergarten aufgenommen. Die Mutter bringt und holt sie ab, stets in einen schwarzen Niqab gekleidet. Schon das sechsjährige Mädchen muss Kopf und Hals mit einem Schleier bedecken. Für mich steht fest: Eine solche Mutter lässt sich niemals «aus freiwilliger Überzeugung» in diesen Kohlsack stecken. Im Übrigen ist die Behauptung, in der ganzen Schweiz seien nur etwa dreissig Frauen verhüllt, absolut lächerlich. Bei der grossen Dunkelziffer ist das niemals genau festzustellen – zudem wird sich das Übel rasant ausbreiten, falls man nicht energisch Einhalt gebietet. Dass sich schon dieses kleine Mädchen Kleiderregeln fügen muss, zeigt klar den Fanatismus der Familie, bzw. des «Patriarchen». Darum: Wehret den Anfängen!

K.H. (Name der Redaktion bekannt)

Toleranz gegenüber Intoleranten?

Wer sich bei Kundgebungen vermummt, verfolgt unguete Absichten und gehört bereits für die Vermummung bestraft. Nur ein Verhüllungsverbot, das die Polizei dazu legitimiert und verpflichtet, gegen vermummte Chaoten konsequent vorzugehen, schafft Rechtssicherheit. Zur Burka: Sie ist weder ein blosses Kleidungsstück noch ein religiöses Zeichen, sondern das Signal für die Zugehörigkeit zu einer totalitären Ideologie. Grossbritannien hat, nachdem es die Burka toleriert hatte, am Ende islamische Gerichte für zivile Angele-

«Technologie, politischer Machbarkeitswahn und Moralisierung des Denkens bilden den Nährboden des Wandels vom aktuellen Wohlfahrtsstaat zu einem autoritären Polizeistaat. Die Überwachung Andersdenkender ist das Ergebnis: eine Ausgrenzung und Stigmatisierung durch den Staat und seine willfährigen Denunzianten – obrigkeitgläubige Bürger wie kooperierende Unternehmungen – und damit einhergehend eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit und der Meinungsäusserungsfreiheit der Bürger. Die gegenwärtige Pandemie ist beispielhaft: Die Wirtschaftsfreiheit wurde einer abstrakten Vorstellung von Gesundheit geopfert, die Reisefreiheit ist zur Farce geworden. Willkürlich getroffene Massnahmen werden moralisch begründet, Kritik daran wird als unmenschlich zurückgewiesen.»

Georges Bindschedler

Wetter 2020/2021

Regen und Schnee
gibt uns reichlich der HERR.
Aber auch viel Sonnenschein.
Dank dafür sei Gott allein,
heuer wird's nicht anders sein.

Wer sich Grüne/Grüner nennt,
nicht aber Gott als Schöpfer kennt,
der geht auf falschen Wegen
und entgeheth Gottes Segen.

Paul Wüthrich, Mühlethurnen BE

genheiten toleriert. Diesen Scharia-Weg möchten wir nicht gehen. Toleranz gegenüber Intoleranten führt letztlich zur Vernichtung der Toleranz und der Toleranten. Darum JA zum Verhüllungsverbot.

Bruno Dudli, Kantonsrat, Sonmental SG

Blauäugige Bundesrätin

Die verharmlosenden Schein-Argumente von Bundesrätin Keller-Sutter gegen das Verhüllungsverbot (eine «Kleidervorschrift»; die Frau soll «entscheiden») tragen dazu bei, dass sich menschenrechtsverletzende, degradierende Riten in unserer Schweiz schleichend etablieren. Als nächste Stufe nach der Burka kommen dann Patriarchat, Diskriminierung, häusliche Gewalt, Kinderehe, Beschneidung, Ehrenmorde und Scharia. In Deutschland, Frankreich und Holland haben solche Parallelkulturen längst Einzug gehalten. Es braucht nun dringend einen Volksentscheid auf Verfassungsebene, um solchen Entwicklungen – auch dem Chaotismus durch Vermummte – endlich Einhalt zu gebieten. Deshalb JA zum Verhüllungsverbot!

Ruth Meisser, Trogen AR

Nicht wegsehen, sondern handeln

Während meiner dreijährigen Tätigkeit im Nahen und Mittleren Osten als beratender Ingenieur im Auftrag eines Schweizer Technologie-Konzerns habe ich einen direkten Einblick in eine muslimisch-patriarchalische Gesellschaft erhalten, welche die Würde der Frau rücksichtslos zertrampelt. Frauen werden ihr Leben lang von Vater, Schwiegervater, Ehemann, Brüdern und weiteren Angehörigen unter schändlicher Vormundschaft kontrolliert, unterdrückt und gefangen gehalten. Daran hat sich auch in der Schweiz nichts geändert. Ohne männliche Erlaubnis dürfen Musliminnen kaum am öffentlichen Leben teilnehmen. Frauen werden spätestens von der Pubertät an von ihren Familien zur Teil- oder Ganzkörperverschleierung gezwungen. Junge Frauen in muslimischen Haushalten werden weggesperrt bzw. in Hausarrest gesetzt, um ihre Jungfräulichkeit im Hinblick auf die Zwangsheirat zu sichern. Genau diese «Lebensart» wollen wir in der Schweiz nicht. Stimmen Sie daher JA zum Verhüllungsverbot!

Viktor Nell, Ampolla (Tarragona/Spanien)

Sie tun einem angesichts ihrer geistigen Verrenkungen fast leid, die linken Feministinnen. Da geben sie seit Jahren schrill und lauthals vor, den Kampf gegen jede Diskriminierung der Frau unbeugsam und kompromisslos zu führen.

Doch jetzt vertreten sie – mit einem dicken Brett vor dem eigenen Kopf – genau die gegenteilige Meinung. Das dicke Brett, das ihren Blick in ganz andere Richtung lenkt, haben sie sich höchstselbst vor ihre Häupter geschlagen. Darauf stehen drei Buchstaben, die sie vor Wut erzittern lassen: SVP. Und weil sie diese SVP so abgrundtief hassen, verurteilen sie schwerwiegend diskriminierte Geschlechtsgenossinnen dazu, sich Tag für Tag ins schwarze Stoffgefängnis zwingen zu lassen.

Blindwütiger Hass auf die SVP

Weil es SVP-Mitglieder sind, die das «Ja zum Verhüllungsverbot» fordern, sehen sich linke Feministinnen – all ihrer Grundsätze zur Gleichberechtigung zum Trotz – gezwungen, ihre «muslimischen Geschlechtsgenossinnen» weiterhin der totalen Rechtlosigkeit, der bedingungslosen Unterwerfung unter ihre selbst mit Züchtigungsrecht ausgestatteten Ehediktatoren auszuliefern.

Der unbändige Hass auf die SVP lässt die linken Feministinnen all ihre angebliche Menschlichkeit, all ihre Überzeugung für Gleichberechtigung vergessen. Wo SVP-Mitglieder Befreiung fordern, zementieren die linken Feministinnen rücksichtslose, brutale Diskriminierung: Frauen, denen aufgrund einer aus SVP-Kreisen lancierten Initiative mehr Freiheit gesichert werden könnte, werden von den Feministinnen in Unterdrückung und Rechtlosigkeit zurückgestossen.

Ersatzhandlungen

Verständlich, dass sich Feministinnen in ihrer mit Brettern vernagelten Engstirnigkeit an den Auslösern ihres besinnungslosen Hasses abreagieren möchten

– glaubend, dadurch ihre Scham ob ihres Verrats an diskriminierten Geschlechtsgenossinnen verdrängen zu können. Sie glauben auch, fündig geworden zu sein: Vor bald zwanzig Jahren hätten Initianten des Verhüllungsverbots im Parlament verräterisch abgestimmt. Dagegen sei ein verspäteter «Feldzug» zu entfesseln. Dass dem so scharf verurteilten Entscheid eine Begründung vorausging: Wen interessiert das, der bloss den Fluch auf die Initianten des Verhüllungsverbots schleudern will.

Einsperr-Feministinnen

Eine gewisse Frau Ursula von Arx, Journalistin, versucht sich als Meisterin solcher Geisselungstechnik zu inszenieren. Darauf spekulierend, so den bei Frauen aufkommenden Zorn ob ihres Verrats an unterdrückten Geschlechtsgenossinnen übertönen zu können.

Ich kenne diese Frau von Arx, deren Peitsche auch mich treffen soll, nicht. Ob ich ihr irgend einmal begegnet bin, weiss ich nicht. Ich weiss von ihr höchstens, dass sie sich nie auch nur ansatzweise erkundigt hat, wie völlig selbstverständlich sich gerade auch bei der «Schweizerzeit» die Zusammenarbeit zwischen Frauen und Männern Tag für Tag ergibt.

Ihr schrilles Keifen über längst Zurückliegendes kann – obwohl angeblich überzeugte Feministin, tatsächlich aber weit sturere SVP-Hasserin – ihre tief gespaltene Zunge in Sachen Einsatz zugunsten diskriminierter Frauen nicht aus der Welt schaffen.

Ein Trost dürfte ihr bleiben: Wie beschämend ihre Widersprüchlichkeit auch entlarvt wird – im «Blick» scheint ihr Wort begehrt zu bleiben.

us

Akzent

Das aktuelle Zitat

«Das Verhüllungsverbot ist eine klare Absage nicht primär an die Frauen, sondern an ihre Männer – dass wir keine Symbole des faschistoiden politischen Islam dulden. Wer zudem erklärt, die Frauen sollten selbst entscheiden dürfen, ob sie sich verhüllen wollen oder nicht, ist von einer grenzenlosen Blauäugigkeit.»

Gisela Widmer, ehem. Reporterin und Dozentin,
«Tages-Anzeiger» vom 5.2.2021

*

«Gerade links denkende junge Menschen, die immer wieder ihre Toleranz und ihre Weltoffenheit betonen, neigen dazu, Meinungen Andersdenkender verbieten zu wollen. Wer nicht denkt wie sie, der soll gefälligst den Mund halten. Da zeigt sich dann schon, wie weit die angebliche Toleranz geht. Gerade bei Themen wie Migration oder Gendergerechtigkeit gibt es keine.»

Philip Eppelsheim, Politik-Redakteur, in der «FAZ»

Drucker/Scanner/Kopierer			
TOP-Geräte - Inserat nur in Schweizerzeit	Rp. je Druck		lhr Aufwand
	VP normal		
Multifunktion farbig	7,0 / 1,0	1399.00	599.00
Drucker farbig	8,0 / 1,3	719.00	319.00
Multifunktion mono	0,8	1249.00	449.00
Drucker mono	1,1	729.00	329.00
Drucker mono	1,7	319.00	199.00

5 Jahre VorOrt-Garantie, nur für Firmen + Gemeinden
Solange Vorrat - Info: 041 799 50 00 - info@ocotex.ch

Rahmenabkommen mit der EU

Erfolgsmodell Schweiz sichern!

von Dr. Hans-Jörg Bertschi, Unternehmer, Co-Präsident von **autonomiesuisse**, Dürrenäsch AG



Die Schweiz und die EU sind mit dem Freihandelsabkommen und den bilateralen Verträgen bisher gut gefahren. Mit dem Rahmenabkommen soll nun aber ein institutioneller Vertrag abgeschlossen werden, der sehr viel weiter geht. Mit ihm müssen wir EU-Gesetze neu automatisch (oder «dynamisch») übernehmen.

Dies unter weitgehender Aushebelung der Volksrechte (Initiative, Referendum). Weichen wir davon ab, kann die EU Sanktionen ergreifen, die bis zur Vertragskündigung oder zur Guillotine, der Kündigung aller Verträge, gehen. Unter diesem Damoklesschwert kann das Schweizer Volk nicht mehr frei entscheiden.

Im Streitfall entscheidet nicht wie bisher ein neutrales Schiedsgericht, sondern das höchste Gericht der EU als Parteigericht. Einen solch einseitigen Vertrag darf die Schweiz nicht akzeptieren. Economiesuisse als Wirtschaftsverband der Konzerne und die FDP-Fraktion wollen diesen Vertrag um jeden Preis. Die Konzernchefs sind oft Ausländer, die unsere Schweizer Demo-

kratie nicht verstehen. Oder es stört sie, dass ab und zu über Schwieriges abgestimmt wird.

Eine Gruppe von Schweizer Unternehmern hat sich unter dem Namen **autonomiesuisse** zusammengeschlossen. Wir unterstützen die bilateralen Verträge, sind aber überzeugt, dass mit der dynamischen Übernahme bürokratischer EU-Gesetze die guten Rahmenbedingungen in der Schweiz erodieren werden. Die Steuerlast wird stark steigen. Darunter leiden Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Darum verlangen wir vom Bundesrat, dass er mit der EU ein besseres Abkommen aushandelt – oder den Status quo bewahrt. Die Volksrechte sind zu respektieren. Ein faires Opting-out bei Volksentscheiden muss möglich sein, und im Streitfall soll ein neutrales Schiedsgericht entscheiden. Das Freihandelsabkommen darf nicht in das Korsett des Rahmenabkommens eingebunden werden. So können wir das Erfolgsmodell Schweiz erfolgreich in die Zukunft führen.

Wenn Sie diese Meinung teilen, bitte ich Sie, sich auf www.autonomiesuisse.ch unserer Initiative anzuschliessen. Ihr gehören Unternehmer von Firmen wie Stadler Rail, Zehnder, Bobst, Suhner, Schelling und Bertschi, aber auch viele KMU an.

Hans-Jörg Bertschi

«Sie kommen, um zu töten»



Dieser Titel stammt nicht aus meiner Feder, sondern von einem hervorragenden Artikel in der «Weltwoche», in dem der berechtigten Frage nachgegangen wird, was Terrorismus überhaupt bezweckt.

Hier hake ich ein mit der rhetorischen Grundfrage: Was genau wollen diese Fehlgeleiteten mit ihrem Terror erreichen, mit der Tötung von Menschen, die sie nicht einmal kennen und die ihnen nichts angetan haben? Was werfen sie der von ihnen gehassten westlichen Welt vor – obwohl sie doch gleichzeitig das unstillbare Verlangen verspüren, in ihr zu leben?

Es leuchtet zwar durchaus ein, dass jemand der Armut und Not seines Heimatlandes entfliehen will für ein menschenwürdigeres Dasein. Doch warum dann dieser notorische Hass auf jene, die gar keine Schuld trifft? Im Gegenteil: Der Westen zeigt sich sogar empfänglich für ihre Lage. Nicht nur in der für ihre Humanität weltweit gerühmten Schweiz zeigt man sich zur Hilfeleistung bereit, auch die Staaten Europas bekunden Bereitschaft zur humanitären Hilfe.

Die grossen Wanderungsströme nach Europa kommen aus dem nördlichen und übrigen Afrika. Also aus Regio-

nen, die sich nicht durch politische oder wirtschaftliche Stabilität hervortun. Der Westen hilft, zahlt – und leidet, denn viele «Gäste» verhalten sich nicht wie Gäste. Dabei gibt es gar kein Menschenrecht auf Einwanderung in ein fremdes Land. Wir akzeptieren dies freiwillig!

Und wie dankt man es dem Westen? Jeder kennt die Antwort. Wenn unter Terrorismus die Anwendung von physischer Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele verstanden wird, so frage ich: Wie lautet das politische Ziel? Einfach nur Umsturz, damit im Einwanderungsland gleiche Prämissen vorherrschen wie im Herkunftsland? Der Terrorakt in New York mit über 3'000 Toten, jene in Nizza und Paris, die Morde in Berlin, München. Was hat der Terrorismus damit weltweit an Positivem erreicht? Auch hierzu kennen wir die Antwort – nichts!

Was hat Europas Staaten, inklusive die Schweiz, ihre Hilfsbereitschaft bislang gebracht? Noch mehr Hass, explodierende Sozialkosten, weniger Sicherheit und steigende Kriminalitätsraten. Nochmals und letztmals: Können Terroristen ihre Ziele benennen, oder kommen sie – siehe Titel – nur um zu töten?

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch



Referendum «Nein zur Ehe für alle»

Erneuter links-ideologischer Verfassungsbruch zu Bundesbern

von Anian Liebrand, Ruswil LU

Nach siebenjährigem Feilschen haben National- und Ständerat in der vergangenen Wintersession der «Ehe für alle» zugestimmt – und packten gleich noch den Samenspende-Zugang für lesbische Paare obendrauf. Obwohl namhafte Juristen eindringlich appellierten, dass die Umdeutung des Ehe-Begriffs zwingend eine Verfassungsänderung nach sich hätte ziehen müssen, paukte das Parlament die «Ehe für alle» auf dem Gesetzesweg durch. Ideologische Motive stachen rechtsstaatliche Bedenken aus – ein Referendum ist jetzt Ehrensache.



Fast wäre die Überraschung geglückt: Die renommierte Zürcher Juristin Prof. Isabelle Häner formulierte in einem Rechtsgutachten handfeste Zweifel am parlamentarischen Vorgehen, die Ehe auf nicht-heterosexuelle Paare mit einer einfachen Gesetzesänderung auszudehnen. Häners Argumente, den Grundsatz «Kein Gesetz ohne Verfassungsgrundlage» in Erinnerung rufend, haben fast die Hälfte des Ständerats überzeugt. Letztlich hätte nur die Thurgauer CVP-Ständerätin Brigitte Häberli nicht von der Parteilinie abweichen dürfen – und das nun vorliegende «Ehe für alle»-Paket wäre bereits am 1. Dezember 2020 gescheitert.

Klar definierter Ehe-Begriff
Als die neue Bundesverfassung 1999 in Kraft getreten ist, war laut Isabelle Häners Gutachten der juristische und gesellschaftliche Kontext, wonach die Ehe als dauerhaft angelegte Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau gilt, noch unbestritten. Zu argumentieren, wegen des seither eingetretenen gesellschaftlichen Wandels könne Art. 14 der Bundesverfassung *[Das Recht auf Ehe und Familie ist gewährleistet.]* mittlerweile ohne Weiteres so interpretiert werden,

dass Homosexuelle mitgemeint seien, entbehre jeder Grundlage.

Seit 1999 hat der Bundesrat mehrfach die traditionelle Definition des Ehebegriffs als Verbindung zwischen Mann und Frau bestätigt:

- 2007 im Rahmen der Einführung der eingetragenen Partnerschaft für homosexuelle Paare
- 2013 in seiner Botschaft zur Volksinitiative «für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»
- 2015 in seinem Bericht über die Modernisierung des Familienrechts

Für den Weg einer Verfassungsänderung spricht im Übrigen auch, dass selbst die parlamentarische Initiative «Ehe für alle», 2013 von der Grünliberalen Fraktion lanciert, eine Neudefinition der Ehe in der Verfassung verlangte. Noch im Februar 2014 bestätigte der Bundesrat diese Haltung in seiner Antwort auf eine Interpellation einer Grünen-Politikerin:

«Die traditionelle Definition der Ehe ist nicht neu, sondern entspricht der geltenden Auslegung von Artikel 14 BV. (...) Eine Ausweitung auf alle Formen des Zusammenlebens würde dem Grundgedanken des Instituts Ehe widersprechen. Auch gemäss bisheriger bundesgerichtlicher Rechtsprechung umfasst der Ehebegriff die gleichgeschlechtlichen Paare nicht. (...)»

Ohne klare und verständliche Botschaft kein Wahl- oder Abstimmungserfolg. Denn die Botschaft überbringt die Kernaussage Ihres Anliegens. Wir verleihen Ihrer Botschaft Flügel, damit Sie schnell Ihr Ziel erreichen.

GOAL GLOSSAR

 Botschaft

Botschaft

abgel. v. «Bote»; <lat.> nuntius (Bote, Botschaft)

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

Noch glasklarer ist die fehlende Verfassungsgrundlage in Bezug auf den Zugang zur Samenspende für lesbische Paare. CVP-Ständerat Beat Rieder führte in der Ratsdebatte aus: «Das 2004 erlassene Partnerschaftsgesetz verbietet in Artikel 28 – ausdrücklich gestützt auf die Bundesverfassung – homosexuellen Paaren den Zugang zur Fortpflanzungsmedizin.»

Ideologisches Machtspiel

Die Schweiz kennt bekanntlich kein Verfassungsgericht, welches die Verfassungsmässigkeit neuer Gesetze beurteilt. Mit Verweis darauf, dass es folglich das Parlament in der Hand habe, in Streitfragen das letzte Wort zu sprechen, setzten sich die «Ehe für alle»-Turbos aus FDP und Linken schliesslich durch. Dieser schludrige und respektlose Umgang mit unserer Bundesverfassung sendet verheerende Signale aus. Nur weil sich die politischen Mehrheiten nach Mitte-Links verschoben haben, dürfen rechtsstaatliche Grundsätze nicht über Bord geworfen werden.

Schicksals-Auseinandersetzung

Die Ehe als natürliche, bewusst eingegangene Verbindung von Mann und Frau, ist symbiotisch mit der Familie verknüpft. Nur aus Mann und Frau entstehen Kinder, welche die Gesellschaft von morgen sicherstellen. Deshalb liegt es im ureigenen Interesse des Staates, die traditionelle Ehe zu privilegieren. In Zeiten (zu) tiefer Geburtenraten kann dieser Faktor nicht noch genug bemessen werden – sind es doch die in stabilem Umfeld und mit soliden Werten aufgewachsenen Kinder, welche als künftige Leistungsträger das Fortbestehen der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung ermöglichen. Schwindet dieses Verständnis von Ehe und Familie, steht unsere Gesellschaft vor dem Sinkflug: Das Kind wird zum «Projekt» privilegierter homosexueller Paare. Wir ebnen damit das Feld für ein gewaltiges Gesellschaftsexperiment, dessen Resultat nicht nur die Umpflügung sämtlicher auf Stabilität und Wertebewusstsein ausgelegter Strukturen sein wird.

Wo bleibt das Kindeswohl?

Jedes Kind hat das Recht, seine Abstammung zu kennen. Erfährt das in einer «Ehe» zweier Mütter lebende Kind nie, wer der leibliche Vater ist, sind weitreichende Identitätsprobleme vorprogrammiert. Zwar sieht das vorliegende «Ehe für alle»-Gesetz explizit vor, dass auch bei Samenspenden für lesbische Paare das Recht auf Abstammung zu gewähren ist – was es dabei zur Auflage macht, dass die Spender ihre Identität gegenüber dem Kind offenlegen müssen. Das Missbrauchspotenzial wird damit aber nicht unterbunden. Abzulehnen ist der lesbischen Paaren neuerdings zugestandene Zugang zu Samenspenden auch deshalb, weil er eine neue Diskriminierung schafft. Nicht-heterosexuellen Männerpaaren, die einen Kinderwunsch haben, bleibt der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin nämlich verwehrt. Der einzige Weg, wie schwule Paare zu «eigenen Kindern» kommen könnten, ist nämlich die Leihmutterchaft. Diese ist heute in der Schweiz verboten. Die Befürworter der «Ehe für



alle» argumentieren gerne damit, dass alle die gleichen Rechte erhalten sollen und nur eine Ehe mit dem Recht auf Kinder eine vollwertige Ehe sei. Die Frage der Leihmutterchaft blenden sie dabei geflissentlich aus. Dies im Wissen darum, dass die Leihmutterchaft heute nicht mehrheitsfähig wäre. Ist der Grundstein für lesbische Paare erst einmal gelegt, wird die Leihmutterchaft aber früher oder später – nach der bekannten Salami-taktik der LGBT-Lobby – nicht mehr zu verhindern sein.

Haltung bewahren

Sowohl die Samenspende als auch die Leihmutterchaft für Nicht-Heterosexuelle sind verwerflich. Bei einer Leihmutterchaft Kindern die traumatische Trennung von der austragenden Mutter zuzumuten – bloss um den Kinderwunsch fremder Männer zu befriedigen –, dürfen wir nicht hinnehmen. Wir wissen heute, dass vorgeburtliche Bindung für eine gesunde Entwicklung des Kindes zentral ist. Schwule und lesbische Paare, die vom Anspruch getrieben sind, gemeinsam Kinder zu erhalten, versuchen nichts anderes, als die «Natur auszutricksen». Während heterosexuellen Paaren der Weg zur Samenspende nur dann offensteht, wenn die Unfruchtbarkeit nachgewiesen ist, fällt dieser Faktor bei nicht-heterosexuellen Paaren weg. Es kann aber – und das ist ganz wesentlich – keinen Anspruch auf ein Kind geben. Das Kind ist kein Produkt in einem Katalog, das man bestellen kann, weil es gerade in die persönliche Lebensphase passt.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, das Referendum «Nein zur Ehe für alle» zu unterschreiben und in dieser Zeit grösster gesellschaftlicher Verwerfungen Haltung zu zeigen. In der gegenwärtigen Epoche, in der sämtliches Verständnis des Guten und «Normalen» auf den Kopf gestellt wird, braucht das Abendland – dringender als je zuvor – Vorbilder, die anderen den Weg weisen und Halt vermitteln. Möge Gott uns bei dieser wahrlich schweren Aufgabe beistehen!

Anian Liebrand

Wenn Talent sich mit Freude paart

«Ich will Farbe in Räume bringen»

Die «Schweizerzeit» im Gespräch mit der Zuger Künstlerin Andrea Bösiger

Wer das Atelier von Andrea Bösiger betritt, wird von den kräftigen Farben ihrer grossflächigen, realistischen Bilder sofort gefangen genommen. Tierbilder, Blumen, Landschaften, aber auch Gesichter dominieren.



«Ich will Farbe in Räume bringen», so formuliert die Künstlerin ihr Hauptanliegen: «Meine Bilder kommen zweifellos nur in grösseren Räumen richtig zur Geltung. Doch sind davon auch Drucke in kleineren Formaten erhältlich.

Andrea Bösiger malt mit Acryl und Öl. Daneben gestaltet sie auch Bleistiftzeichnungen – insbesondere erstaunlich detail-

treue Bilder von Tieren.

Eindrückliche Detailtreue

Das Gesicht eines Kindes auf einem der grossflächigen Bilder zieht den Besucher in Bann. Die Züge des Kindes, sein Gesichtsausdruck sind äusserst fein, beeindruckend lebensnah festgehalten. Das faszinierende



Gesicht ist in Öl gemalt. Für den grauen Hintergrund, der das Kindergesicht so richtig zur Geltung bringt, bedient sich die Künstlerin der Acryltechnik. Andrea Bösiger wagt sich aber auch an Experimente. Zuweilen malt sie auch abstrakte Bilder.

In ihrem Atelier liegen zum Beispiel 36 Quadrate, je zwanzig auf zwanzig Zentimeter gross. Immer drei zeigen ähnliche, zueinander gehörende Motive. Insgesamt fangen die 36 Quadrate den ganzen Farbkreis ein.

Begeisterung und Meisterschaft

Andrea Bösiger benutzt als Vorlagen oft Fotografien. Sie kopiert diese freilich nicht, nutzt vielmehr verschiedene Fotos, indem sie diese zu einer eigentlichen Kom-

Churz.&Bündig

Die Insassen des Hochsicherheitstraktes Pöschwies bei Zürich – ausnahmslos «schwere Jungs» – verlangen Reformen im Gefängniswesen: Man müsse ihnen gestatten, ihre eigenen Computer – selbstverständlich unbeaufsichtigt – benutzen zu können. Ein Wunder, dass sie nicht auch Gratis-Beratung für erfolgversprechende Abhau-Vorbereitung fordern – oder Home Office für Strafgefangene.

position von Motiven gruppiert. Sie malt, was sie persönlich anspricht, was sie bewegt.

Ein Tigergesicht: Der Besucher glaubt, vor einer grossformatigen Fotografie zu stehen; derart präzise sind die Gesichtszüge, die Zeichnung des Felles, überhaupt alle Einzelheiten wiedergegeben. Höchstens ausnahmsweise fertigt sie auf Bestellung bestimmte Werke an, wobei sie selbst entscheidet, ob eine Fotovorlage sich für ein grossflächiges Bild nutzen lässt oder nicht.

Erfolg

Andrea Bösiger malt nicht für einen bestimmten Kundenkreis. Ihr Atelier im Zentrum von Zug, einstmals ein Besprechungsraum, verfügt über ein grossflächiges Schaufenster, in welchem ihre Bilder prachtvoll zur Geltung kommen.

Gar mancher Passant besuchte schon, angezogen von einem ihrer spektakulär farbigen Bilder, spontan das Atelier. Und nicht allzu selten endete der spontane Besuch mit dem Kauf eines Werks.



Andrea Bösiger wurde aus einer Liebhaberin schöner Bilder schliesslich selbst zur Künstlerin. Sie hat sich ganz aus eigenem Antrieb an grossen Flächen versucht – und hat damit Erfolg.

us

Das Gespräch mit Andrea Bösiger entstand anlässlich eines Atelier-Besuchs in Zug durch Ulrich Schlüer. Das Atelier von Andrea Bösiger befindet sich an der Ägeristrasse 26 in Zug.

Sichere Renten statt korrupte Entwicklungshilfe!



Es ist unerträglich: Allein die Stadt Zürich will jährlich acht Millionen Steuerfranken für die Entwicklungshilfe verschwenden. Auf Bundesebene sind es gar rund 3'500 Millionen Franken. Unsere Steuergelder versickern dann meist irgendwo in Afrika in korrupten Strukturen. Deshalb kritisieren auch immer mehr unabhängige Entwicklungshelfer die gutmenschliche Geldschwemme. Die traditionelle Auslandhilfe sei überholt, meint auch Sonja Dinner. Sie leistet mit ihrem Mikrokredit-Hilfswerk in der Dritten Welt tatsächlich wirksame Hilfe zur Selbsthilfe. Zürich solle sich besser um die Armut in der eigenen Stadt kümmern, anstatt die Weltretterin spielen zu wollen. «Das ist Grössenwahn!» so der Kommentar von Sonja Dinner in der NZZ.

Die Schweiz befindet sich in einer historischen Wirtschafts- und Schuldenkrise. Unzählige Gewerbebetriebe sind in ihrer Existenz akut bedroht oder bereits für immer geschlossen. Wir werden Jahrzehnte benötigen, um die Corona-Staatsschulden abzutragen. Diese gigantische Milliardenlast schränkt auch

Hinter feindlichen Linien

nachkommenden Generationen in ihrem finanziellen Handeln massiv ein. Zudem tickt die grösste soziale Zeitbombe, weil unsere Renten überhaupt nicht mehr sicher sind. Warum also weiterhin Unsummen von hart erarbeiteten Steuergeldern nach Afrika pumpen? Es ist mehr denn je angebracht, die Entwicklungshilfe schweizweit zu stoppen. Wir brauchen jeden einzelnen Franken hier bei uns.

Die Entwicklungshilfe gründete in ihrer Anfangszeit sicher auf einem guten Grundgedanken. Dieser ist inzwischen aber vollkommen korrumpiert. Von der gutmenschlichen Geldschwemme profitieren neben korrupten Strukturen in Afrika auch die linken «Entwicklungshelfer». Diese bekommen je nach Anstellung fürstliche Gehälter mit Tagesansätzen von bis über 1'000 Dollar. Dadurch ist es auch verständlich, warum die Linken in Bundesbern so stur der staatlichen Entwicklungshilfe hinterher rennen. Parlamentarisch kann dieses korrupte System nicht mehr gestoppt werden. Es braucht den Druck von unten, also eine Volksinitiative, damit diese Bundesgelder in unsere Altersvorsorge statt nach Afrika fliessen!

Samuel Balsiger

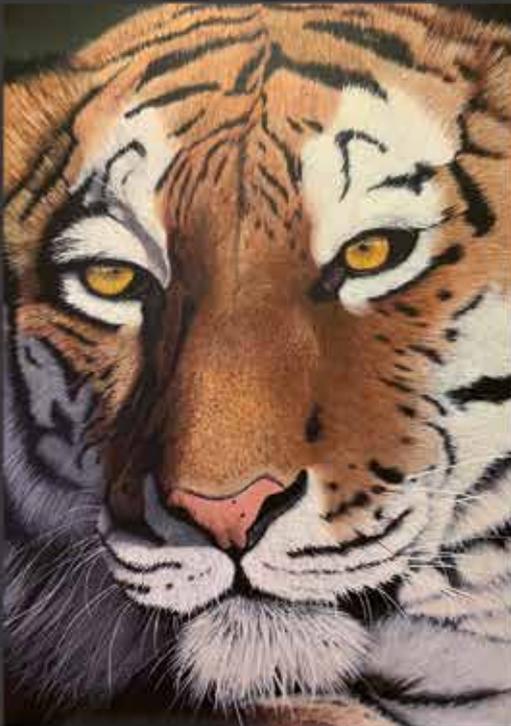
Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner monatlich erscheinenden Kolumne berichtet er über die Irrungen der linken Politik.



Prints verfügbar



Prints verfügbar



Acryl auf Leinwand 100/70cm

andrea
böSiger
Paintings

www.andreaboesiger.ch



Prints verfügbar



Acryl auf Leinwand 80/160cm

Die Originale sind auf Leinwand gemalt. Die hochwertigen Prints können auf Dibondplatte sowie Leinwand in verschiedenen Grössen angefertigt werden.

Besuchen Sie meine Webseite: www.andreaboesiger.ch

«Leichte Sprache»

Herablassend und dumm

von Mario Andreotti, Dozent für Neuere deutsche Literatur und Buchautor

Dass viele Jugendliche, aber auch Erwachsene, grosse Mühe mit dem Lesen und Schreiben haben, d.h. selbst einfache Texte nicht verstehen und nicht schreiben können, ist hinreichend bekannt. Was das für das Schicksal jedes Betroffenen bedeutet, kann sich ausmalen, wer überlegt, welche Rolle sprachliche Kompetenz in seinem eigenen Lebensalltag spielt.



Daher kann es auf den ersten Blick nur verständlich sein, wenn immer mehr öffentliche Institutionen und Ämter dazu übergehen, ihre Informationen nicht nur in Normalsprache, sondern auch in sogenannt «leichter Sprache» herauszugeben, damit auch Menschen mit Leseschwierigkeiten sie verstehen. Trotzdem ist das

Unterfangen bedenklich – sowohl aus linguistischer als auch aus sozialer Sicht.

Die linguistische Sicht vorweg: Bei der «Leichten Sprache» geht es um eine Simplifizierung der Standardsprache. So werden nur kurze Sätze verwendet, wobei jeder Satz lediglich eine Aussage enthält («Ich bin Hans Maier. Ich bin aus Bern. Jetzt wohne ich in Luzern.»). Und so werden Sätze in der Passivform («Susi wird begrüsst.»), aber auch der Konjunktiv (Man müsste mehr tun.) vermieden. Selbst Metaphern, also bildstarke Ausdrücke, sind «verboten». Dabei erleichtern gerade Metaphern das Verständnis unserer komplexen Welt. Wer hat schon eine wirkliche Vorstellung von einer Kernwaffenexplosion! Aber wenn ich dafür die Metapher «Atompilz» verwende, kann sich jeder ein Bild von der ungeheuren Wirkung einer solchen Explosion machen.

Verarmung der Sprache

«Leichte Sprache» führt zu einer Verarmung unserer Sprache. Ironie, Witz und all die Zwischentöne, von denen Texte nun einmal leben, lassen sich nur schlecht

oder gar nicht in sie übersetzen. Zudem macht die dauernde Wiederholung von Wörtern in der «leichten Sprache» («Max arbeitet im Büro. Das Büro ist im dritten Stock.») einen Text langweilig und damit gerade weniger leicht zugänglich. Zudem führt «Leichte Sprache» auch zu einer Verfälschung der Sprache. Wer beispielsweise Aussagen auf das Nebeneinander von Hauptsätzen beschränken muss, kann keine Kausalbezüge mehr herstellen: «Hanna zieht nach Aarau, weil sie dort arbeitet.»

Soziale Vorbehalte

Die «leichte Sprache» wendet sich an Menschen, die mit der deutschen Sprache Mühe haben. Das führt zu einer intellektuellen Zweiteilung unserer Gesellschaft und damit zu sozialer Diskriminierung: Hier die sprachlich Gebildeten, dort die Sprachbehinderten.

Viel nützlicher und nicht diskriminierend wäre allgemein eine *verständliche* Sprache. Vor allem öffentliche Institutionen und Ämter schwelgen oft in Fachausdrücken und Fremdwörtern oder verstricken sich in kaum verständlichen Schachtelsätzen. Ihnen muss in Erinnerung gerufen werden: Gutes Deutsch ist verständliches Deutsch! Kritik ist aber auch am Deutschunterricht an unseren Schulen angesagt, in dem vor lauter Stoffhuberei für das Kerngeschäft, das Einüben von Lese- und Schreibkompetenz, oft kaum mehr Zeit bleibt. Es darf nicht sein, dass jeder fünfte Jugendliche die Schule ohne ausreichende sprachliche Kenntnisse verlässt. «Leichte Sprache» als Ausweg aus dem Dilemma? Wohl kaum, denn es braucht sie nicht.

Mario Andreotti

PRO LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung für
Freiheit, Demokratie und Menschenwürde
www.prolibertate.ch

Jetzt bestellen!

Wie sich die Schweiz rettete

In diesem umfassenden Grundlagenbuch beleuchtet Josef Mächler die Schweiz von 1939 bis 1945. Dem Autor ist es dabei ein Anliegen, die ideologisch gewordene Geschichtsschreibung über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg wieder auf gesicherte Fakten zu positionieren.

General Henri Guisan als Kulturträger

Henri Guisan führte als General die Schweiz durch die schwierigen und dunklen Zeiten des Zweiten Weltkriegs. Sein Charisma strahlt bis heute nach. PRO LIBERTATE würdigt dieses Ereignis mit einer Gedenkmünze und einer informativen Broschüre, verfasst von Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg.



Ich bestelle _____ Expl. der **General-Guisan-Gedenkmünze** inkl. Broschüre zum Preis von 25 Franken, zzgl. Porto und Verpackung.

Ich bestelle _____ Expl. des Buches **«Wie sich die Schweiz rettete»** zum Preis von 49 Franken, zzgl. Porto und Verpackung.

Bitte senden Sie mir weitere **Informationen über die Vereinigung PRO LIBERTATE** zu (www.prolibertate.ch).

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Tel./E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Talon ausschneiden und einsenden an:
Thomas Fuchs, Pro Libertate, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern
(oder via info@prolibertate.ch, oder Tel. 079 302 10 09, Thomas Fuchs, Präsident)



Freiheit statt Bevormundung JETZT!

Verhindern wir gemeinsam Lockdown-Langzeitschäden!

Geschätzte Schweizerinnen und Schweizer

Seit gut einem Jahr kämpfen wir gegen das Coronavirus. Wir alle haben in dieser Zeit enorme Leistungen vollbracht und viele Einschränkungen auf uns genommen:

- Wir alle schützen uns und andere mit Hygienemitteln und -masken, wir halten Abstand und verzichten auf Sozialkontakte und Ausgang!
- Unternehmen und Gewerbe haben Hunderte Millionen Franken in Schutzkonzepte und Schutzmassnahmen investiert!
- Die Industrie hat in Rekordzeit Tests und Impfmittel entwickelt!

Die Folgen der Lockdown-Hysterie des Bundesrates sind:

- Depressionen und häusliche Gewalt nehmen stark zu!
- Viele Menschen vereinsamen. Die Selbstmordraten steigen an!
- Tausende Arbeits- und Ausbildungsplätze gehen verloren!
- Viele Betriebe stehen vor dem Ruin!
- Ganze Wirtschaftsbereiche wie Hotellerie, Gastronomie, Kultur, oder die Reise- und Eventbranche werden gegen die Wand gefahren!
- Pro Stunde wachsen die Staatsschulden wegen des Lockdowns um 6 Millionen Franken an!

Damit muss endlich Schluss sein!

Deshalb fordern wir:

- Restaurants, Fitnesscenter und Läden sind mit den bewährten Schutzkonzepten sofort wieder zu öffnen!
- Aufhebung der Homeoffice-Pflicht, damit die Menschen wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren können!
- Vollgas beim Impfen!
- Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) muss aufhören, die Schweizer Bevölkerung mit permanent wechselnden und fadenscheinigen Informationen zu manipulieren!

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern
www.svp.ch    /SVPch



Mit einer Spende an CH80 0900 0000 3000 8828 5, Schweiz. Volkspartei (SVP), Postfach, 3001 Bern; mit dem Vermerk «Corona-Irrsinn stoppen», unterstützen Sie unsere Kampagne. Herzlichen Dank für Ihre Hilfe!

Helfen Sie mit, die Lockdown-Hysterie des Bundesrates zu beenden!

Unterschreiben Sie noch heute die Petition:

- ▶ www.lockdown-stop.ch
- ▶ Werden Sie SVP-Mitglied auf www.svp.ch



Darauf hat man gewartet

Corona in der Schweiz

Soeben ist eine wertvolle, da strenger Sachlichkeit verpflichtete Publikation erschienen, die – frei von jeglicher Polemik – die Pandemie-Politik des mit Sondervollmachten ausgestatteten Bundesrates kritisch beurteilt.

Unter dem Titel «Corona in der Schweiz» haben Prof. Dr. Konstantin Beck, Gesundheitsökonom und Versicherungsmathematiker, und Dr. Werner Widmer, ehemaliger Direktor des «Diakoniewerks Neumünster – Schweizerische Pflegerinnenschule», der während seiner Berufslaufbahn vier Spitälern als Direktor vorgestanden hat und heute Präsident der Krebsliga Zürich ist, ein «Plädoyer für eine evidenzbasierte Pandemie-Politik» (so lautet der Untertitel ihrer Publikation) vorgelegt.

Politik, Task Force und die grossen Medien weichen dieser Publikation in grossem Bogen aus. Das hat Gründe. Wir beschränken uns darauf, einen einzigen, allerdings vielsagenden Abschnitt aus dieser Schrift im Wortlaut zu zitieren. Der Textauszug lässt erkennen, warum Bundesbern und Medien diese Schrift lieber totschiweigen möchten:

«Politik tut gut daran, sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse zu stützen, unter der Bedingung, dass diese in der Wissenschaftswelt seit einiger Zeit weitgehend geteilt werden oder günstigenfalls sogar unbestritten sind. Wenn sich die Wissenschaft aber mit einem neuen Problem befasst, wie dem Coronavirus, gibt es zunächst kein breit abgestütztes Wissen. Innert weniger Wochen wurden weltweit unzählige Forschungsprojekte gestartet. Die Hektik der Krise wirkte sich auf den Wissenschaftsbetrieb aus. Üblicherweise durchlaufen seröse wissenschaftliche Studien einen geregelten Begutachtungsprozess, bevor sie und ihre Resultate veröffentlicht werden. Das kann Monate dauern. Während der Krise publizierten weltweit Zehntausende Forscher wissenschaftliche Untersuchungen zum Coronavirus im Netz, ohne diesen Prozess durchlaufen zu haben. Allein schon die Zunahme der Schreibfehler in den Publikationen ist ein deutlicher

Buchhandel

Die Zusammenarbeit mit unserer neuen Buchhandels-Partnerin, der in Gwatt bei Thun domizilierten Werd & Weber Verlag AG, hat erfreulich begonnen. Sie bietet unseren Bücherkunden sichtbare Vorteile: Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann seit dem 1. Januar 2021 sämtliche Bücher im Vergleich zu dem für jedes Buch fixierten Richtpreis deutlich günstiger anbieten. Das lädt unsere Kundinnen und Kunden ein, sämtliche Bücher via «Schweizerzeit» zu beziehen. Wir sind zusammen mit unserer Partnerin in der Lage, sämtliche im Buchhandel erhältlichen Bücher zu liefern.

Stellen Sie uns doch auf die Probe!

S

Hinweis darauf, wie rasch gearbeitet wurde. Es stellt sich die Frage, warum ein nicht begutachtetes Studienergebnis, auf das sich kein Arzt in der klinischen Praxis stützen darf, ausgerechnet als Grundlage für Massnahmen geeignet sein soll, die Millionen von Menschen betreffen könnten. Die Überflutung mit ständig neuen Studienberichten war für die Politiker keine Entscheidungshilfe. Ein politischer Entscheid kann nicht alleine aufgrund eines Forschungsergebnisses gefällt werden, dem schon in wenigen Wochen droht, falsifiziert zu werden. Fazit: Je neuer ein Gesundheitsproblem ist, desto weniger eignet sich die medizinische Wissenschaft als Grundlage für die Politik.»

Beachten Sie Kurzbeschreibung und Bestelltalon auf den Seiten 22 und 23 der heutigen «Schweizerzeit»

S

Churz & Bündig

Wo bleiben in der Diskussion um die Verhüllungsverbots-Initiative eigentlich die Kirchen? Der «Rat der Religionen» distanziert sich öffentlich – nicht von religiös getarnter Unterdrückung der Frau. Wohl aber von denen, die genau dies in der Schweiz ein für allemal unterbinden wollen. Ob die Exponenten der Funktionärskirche vergessen haben, dass es auch noch so etwas wie christliche Werte gibt?

*

Würde niemand die hohe Ausländerkriminalität erwähnen, dann gäbe es sie auch nicht, meinen die «Fachleute» des Tages-Anzeigers (gemäss TA, 8.2.2021)

us



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 8)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Geschäftsführer der Auns, Eglisau ZH



Im Hinblick auf die Schlussabstimmung der eidgenössischen Räte vom 8. Oktober 1999 über die sieben sektoriellen Verträge zwischen der Schweiz und der EU («Bilaterale I») steht die Auns vor der Frage: Ergreifen wir das Referendum oder nicht? Schon an der Mitgliederversammlung vom 8. Mai 1999 – zufälligerweise am Jahrestag vom Ende

des Zweiten Weltkriegs in Europa – hat Auns-Präsident Christoph Blocher gesagt: «In diesem Jahr gilt es für uns zu entscheiden, ob gegen die Vorlagen zum freien Personenverkehr und zum Landverkehrsabkommen das Referendum ergriffen werden soll. Der Entscheid ist im Herbst dieses Jahres zu fällen.»

Denn beide Vorlagen – und das machen wir in den «Grauen Briefen» der Auns (zum Hineinleuchten in die Grauzonen der schweizerischen Aussenpolitik) allen Mitgliedern klar – haben gravierende Folgen:

- **Personenfreizügigkeit:** Zuwanderer aus der EU werden den Schweizern arbeits- und sozialrechtlich schrittweise gleichgestellt. Nach kurzer Zeit haben sie Anspruch auf Arbeitslosen- und Sozialleistungen – auch wenn sie praktisch noch nichts einbezahlt haben. Auch im Fall zunehmender Arbeitslosigkeit in der Schweiz müssen und werden die EU-Zuwanderer unser Land nicht verlassen, weil sie hier die mit Abstand besten Leistungen erhalten. Die zusätzlichen Kosten im Sozial- und Fürsorgebereich werden vom Bundesrat auf 370–600 Millionen Franken/Jahr beziffert. Realistische Berechnungen ergeben in etwa das Doppelte. Fazit: Die Personenfreizügigkeit droht zum finanziellen Fass ohne Boden zu werden (*was heute bekanntlich bereits der Fall ist*).

- **Landverkehrsabkommen:** Es bringt den unbegrenzten Transitverkehr für EU-Lastwagen durch die Schweiz für rund 325 Franken pro Fahrt von Grenze zu Grenze (weil von uns massiv subventioniert!). Zudem bringt das Abkommen die Preisgabe der 28 Tonnen-Limite und die Erhöhung auf 40 und mehr Tonnen. Die weitgehende Verlagerung auf die Schiene (NEAT) dürfte ein frommer Wunsch bleiben.

Nach einer umfassenden Beurteilung der Lage entscheidet der Auns-Vorstand wie folgt:

1. Die Auns kann das Gesamtpaket der bilateralen Verträge nicht unterstützen. Wegen der schlechten Verhandlungsführung des Bundesrates, welche sich durch fehlende Zielsetzung, falsche Strategie

und unnötigen Zeitdruck auszeichnet (*man fühlt sich an den aktuellen Rahmenvertrag erinnert!*) bringt das Vertragswerk neben unwesentlichen Vorteilen schwere innenpolitische Nachteile für die Schweiz: finanzielle Abenteurer im Sozialbereich, zunehmende Arbeitslosigkeit, Nivellierung der Löhne – verbunden mit sozialistischen Massnahmen (staatlich festgesetzte Mindestlöhne, Kollektivierung der Arbeitsverträge). Auch durch Neuverhandlungen, welche wiederum der heutige EU-hörige Bundesrat zu führen hätte, wären keine besseren Resultate zu erwarten.

2. Im Gegensatz zum EU-Beitritt und zum EWR-Kolonialvertrag wird jedoch die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz durch die Bilateralen I nicht beeinträchtigt. Sie sind der Ersatz für einen folgenschweren EU-Beitritt, der mit dem Inkrafttreten der Verträge definitiv vom Tisch ist.

3. Aus diesen Gründen verzichtet die Auns auf ein Referendum.

«Es sagte» ... Wettbewerb

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

«NEU IST, DASS MANCHE FÜHRUNGSKRÄFTE KEINEN BLASSEN SCHIMMER HABEN, WARUM DIE SCHWEIZ WIRTSCHAFTLICH SO ERFOLGREICH IST.»

Diese Aussage stammt von:

- A Beat Kappeler, Publizist
- B Tobias Straumann, Wirtschaftshistoriker
- C Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, Wirtschaftswissenschaftler
- D Monika Rühl, Direktorin Economiesuisse

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 17. Februar 2021, an:** «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach, E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde eingeladen, einem Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlier als Gastgeber.

Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der «Schweizerzeit» Nr. 4 vom 26. Februar 2021.

Am 21. Mai 2000 wird das Schweizer Volk die Verträge mit 67,2 Prozent Ja-Stimmenanteil gutheissen. Dies, nachdem der Bundesrat vom «ausgewogenen Ganzen» des Vertragspakets und von einem Wachstum der volkswirtschaftlichen Leistung (BIP) um zwei Prozent geschwärmt hat. Ebenso hat er tatsachenwidrig behauptet, es kämen pro Jahr höchstens 8'000 bis 10'000 EU-Bürger in die Schweiz, und dies sei nur möglich, «wenn sie eine Arbeitsstelle gefunden haben». Zudem könne die Schweiz bei Bedarf die Schutzklausel anrufen, um die Zuwanderung zu bremsen. (Dies ist allerdings erst dann möglich, wenn die Zuwanderung im Mittel von drei Jahren übermässig gestiegen ist, wenn es also schon zu spät ist).

Ironie des Schicksals

Am 8. Mai 1999 findet nicht nur die denkwürdige Auns-Mitgliederversammlung in Bern, sondern auf dem Zürcher Münsterhof gleichzeitig das Zürcher «Europafest», die Feier zum 50. Jahrestag des Europarates, statt. Und dort ereignet sich «Unbotmässiges»: Roger de Weck, ehemaliger Chefredaktor des «Tages-Anzeigers», und Stadtpräsident Josef Estermann, unterstützt von der anschlussbegeisterten Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs), haben die Feier zu einer Manifestation für einen raschen EU-Beitritt der Schweiz machen wollen. Das geht aber gründlich in die Hosen. Denn der als Gastredner eingeladene **Klaus von Dohnanyi**, SPD, ehemaliger Bundesminister und Erster Bürgermeister von Hamburg, rät der Schweiz eindringlich von einem EU-Beitritt ab und gibt seiner Besorgnis Ausdruck,

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.

Preis bis Ende 2021: Fr. 70.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,

Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

**AUNS
ASIN
ASNI**

Mitte 1999 bekommt die Auns ein neues Logo. Wir haben es aus rund 400 Vorschlägen ausgewählt, die im Rahmen eines Wettbewerbs von den Auns-Mitgliedern und -Sympathisanten eingegangen sind. Einige Mitglieder kritisieren zwar, die Auns dürfe doch nicht das Schweizer Kreuz «aufreissen» und quasi «demontieren». Rasch setzt sich aber die Erkenntnis durch, dass die drei Begriffe AUNS/ASIN/ASNI das Schweizer Kreuz nicht aufreissen, sondern im Gegenteil vervollkommen und zementieren.

dass «dieses wundervolle Vorbild für ein föderalistisches Europa» durch die zentralistischen Entscheide der Brüsseler Kommissare «eingeebnet» werden könnte. Mehrfach lobt Dohnanyi unsere «unvergleichliche Demokratie» und bezeichnet die Schweiz gar als das «achte Weltwunder». Derweil werden die Gesichter von de Weck, Estermann und Co. immer länger ...

*PS: Ich habe einige Jahre später das Glück, dass Klaus von Dohnanyi zusagt, an der Auns-Mitgliederversammlung 2006 zum Thema Schweiz und EU als Gastreferent aufzutreten, wo er einen tiefen Eindruck hinterlässt. Höchst eindrücklich ist im persönlichen Gespräch auch sein Hinweis auf seinen Onkel **Dietrich Bonhoeffer** (1906–1945), den herausragenden Kopf der Bekennenden Kirche und des Widerstands, den er als 16-Jähriger in der Haft noch besuchen konnte, bevor Bonhoeffer im KZ Flossenbürg kurz vor Kriegsende auf persönlichen Befehl Hitlers hingerichtet wurde. Von Bonhoeffer stammen bekanntlich die Worte: «Von guten Mächten wunderbar geborgen, erwarten wir getrost, was kommen mag. Du bist bei uns am Abend und am Morgen, und ganz gewiss an jedem neuen Tag.»*

*

Mit Genugtuung vernehmen wir im Sommer 1999, dass in Luzern eine «linke Auns» gegründet worden sei. Sie wird präsiert vom grünen Arzt **Peter Mattmann** und nennt sich «Bewegung für eine neutrale Schweiz ohne EU/Nato-Beitritt». Oberstes Ziel der Bewegung ist die Erhaltung der Neutralität des Kleinstaates Schweiz, welche sie vor allem durch die «neue Offensiv-Strategie der Nato» bedroht sieht. Wir begrüssen es natürlich, wenn weitere Kräfte aus unterschiedlichen politischen Lagern für die Unabhängigkeit und die Neutralität unseres Landes eintreten. Eine Fusion dieser Kräfte, die von verschiedener Seite immer wieder gefordert wird, erachten wir aber als falsch. Sonst haben unsere Gegner, vorab die linken Medien, leichtes Spiel und könnten das ganze «Konglomerat» in den gleichen «recht-konservativen, rechtsextremen, nationalistischen, ewig gestrigen» Topf werfen. Die «Mattmann-Bewegung» hat es allerdings in der Folge nicht geschafft, eine grössere Bedeutung über Luzern hinaus zu erreichen.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

Büchertisch

BESTSELLER



Corona – Fehllalarm?

Zahlen, Daten und Hintergründe

Dr. Karina Reiss/Dr. Sucharit Bhakdi

Unzählbare Machenschaften wurden entfaltet, das Erscheinen dieses Buches zu verhindern. Inzwischen wurde gar seine Website zum Verschwinden gebracht. Weil es fundiert und überlegt Kritik übt an vielem, was Regierungen im Vollmachten-Regime als angebliche Corona-Bekämpfung durchgesetzt haben. Was war, was ist wirklich gerechtfertigt – und was dient den Regierungen bloss dazu, ihren Machtbereich auf Kosten der Demokratie auszudehnen? Dieses Buch liefert dazu brisante, sorgfältig recherchierte Informationen.

Goldegg, Berlin 2020, 159 S., brosch., (Richtpreis Fr. 21.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 19.70



Der Staat an seinen Grenzen

Über die Wirkung von Einwanderung in Geschichte und Gegenwart

Thilo Sarrazin

Thilo Sarrazin – im wahrsten Sinn des Wortes unbestechlicher Beobachter des Zeitgeschehens – legt ein neues Buch vor. Es befasst sich mit der schwierigsten und gefährlichsten Herausforderung, vor der Europa steht: Der Masseneinwanderung aus Afrika und Nahost. Es kommen – im Gegensatz zu früheren Einwanderungen – nicht Leistungsträger. Es kommen Menschen, die Gratis-Existenz suchen. In derart grosser Zahl, dass sie Europa nichts weniger als den Untergang des Abendlands bereiten können. Ein Buch, dem im Interesse europäischer Errungenschaften grösste Verbreitung zu wünschen ist.

LMV, München 2020, 480 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 31.40

SCHWEIZ



Der Superstaat

Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt

Beat Kappeler

Dieses Buch muss für die Schweiz Wegweiser sein in der Debatte um den EU-Rahmenvertrag. Kappeler zeigt eindrücklich, wie der von den Machteliten erzwungene Zentralismus, gipfelnd in der laufend auswuchernden EU-Bürokratie, Europa in den Abgrund treibt. Kappeler beschreibt überzeugend, wie der Zentralismus, die unternehmerische Initiative behindernde Gleichschaltung die Wirtschaft Europas in Rückstand bringt gegenüber den USA und Fernost. Ein aufrüttelndes Plädoyer gegen Bürokratismus.

NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, 151 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 30.60



Wer hat Angst vor Tell?

Unzeitgemässes zur Demokratie

Oliver Zimmer

Der Schweizer Historiker Oliver Zimmer bekleidet eine Professur in Oxford. Nicht aus Zufall – sondern weil er dort wirken kann, ohne dem linken Zeitgeist Tribut zahlen zu müssen.

Er legt ein interessantes, bereicherndes Buch zur Auseinandersetzung mit dem offensichtlichen Linksdrall in hiesigen Historiker-Fachschaften vor, der mit Max Frischs «Wilhelm Tell für die Schule» seinen Anfang nahm. Besonders interessant in diesem neuen Buch sind Zimmers Überlegungen zum EU-Gerichtshof.

Echtzeit, Basel 2020, 181 S., brosch., (Richtpreis Fr. 29.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.10



Corona in der Schweiz

Plädoyer für eine evidenzbasierte Pandemie-Politik

Konstantin Beck und Werner Widmer

Eine streng sachlich formulierte kritische Stellungnahme zur Pandemie-Politik Bundesberns. Die Autoren verzichten auf jegliche Polemik – um so wirkungsvoller ist ihre Kritik an wissenschaftlich keineswegs erhärteten Behauptungen, die allzu oft in verantwortungslos in die Welt geschleuderte Angstmacherei münden – auch von Seiten von Task Force-Mitgliedern. Eine Publikation, die geeignet ist, die Rückkehr zur sachlichen Krisenbewältigung einzuleiten – ohne plakative Lust, die KMU-Wirtschaft der Schweiz zu zerstören.

Eigenverlag, Luzern 2020, 132 S., brosch., ill., Fr. 16.–
Es ist mit längerer Lieferfrist zu rechnen.

AKTUELL



Die 10 Todsünden der Schulpolitik

Eine Streitschrift

Heinz-Peter Meidinger

Deutschland leistet sich in Sachen ebenso hektischer wie überstürzter Reformitis eine Art «Pionierarbeit» in zeitgeistiger «Schulpolitik» – mit verheerenden Folgen für die Qualität der Schulen. In der Schweiz bemühen sich sog. «Bildungsexperten», die undurchdachte deutsche Hektik so rasch als möglich in unsere Volksschule zu importieren – ebenfalls mit höchst zweifelhaften Resultaten. Ein ehemaliger Gymnasiallehrer, der die Bedingungen erfolversprechenden Unterrichtens à fonds kennt, formuliert eine gepfefferte Stellungnahme gegen die Abbrucharbeiter im Bildungswesen beider Länder.

Claudius, München 2021, 126 S., geb., (Richtpreis Fr. 30.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 27.80

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Winston Churchill – Der späte Held

Eine Biographie

Thomas Kielinger

Aufgrund der für ganz Europa wegweisenden Ereignisse, die England einmal mehr auf eigenständigen Weg bringen, sei die hervorragende Biographie von Thomas Kielinger über Winston Churchill noch einmal empfohlen. Sie bietet ein Hörerlebnis, wie es nicht oft Tatsache wird. Da wird deutlich, wie eiserner Wille Hitlers Wehrmacht die Eroberung Englands verunmöglichlicht hat, wie eiserner Wille den anfangs von Sieg zu Sieg stürmenden Hitler bereits zu Beginn des Weltkriegs entscheidend zurückgebunden hat, womit die schliessliche Niederlage vorgezeichnet wurde.

Nicht nur Churchills Rolle in den entscheidenden Momenten für den Ausgang des Zweiten Weltkriegs fesseln die Zuhörer dieses Hörbuches. Churchills politisches Wirken, das bereits vor dem Ersten Weltkrieg markante Spuren vorzeichnete, lässt ihn als im wahren Sinn dieses Wortes Wege weisende Persönlichkeit für die Weltgeschichte lebendig werden.

Man verbringt mit diesem Hörbuch höchst anregende Stunden.

Bonnevoice Hörbuchverlag/C.H. Beck, München 2014/2019, 2 MP3-CDs
Laufzeit 700 Min., (Richtpreis Fr. 28.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.–

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Deutschland schafft sich ab

Wie wir unser Land aufs Spiel setzen

Thilo Sarrazin

Dieser Titel von Thilo Sarrazin erschien 2010 – und wurde in sage und schreibe über 1'600'000 Exemplaren verkauft. Die darin von Sarrazin sachlich vorgetragene Kritik an der amtlichen Massenimmigrations-Euphorie machte ihn zum bekanntesten Sachbuchautor überhaupt. Zehn Jahre später muss und kann er keinerlei Abstriche an seiner damaligen Kritik anbringen.

Von Seiten der Regierenden trug ihm seine Kritik die Abdrängung aus aller gesellschaftlichen Anerkennung ein. Die SPD schloss den ehemaligen Finanzsenator von Berlin, das Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank gar aus. Und Angela Merkel tat alles, ihn in die Versenkung der Vergessenheit zu stossen.

Aber Sarrazin lässt sich nicht unterkriegen. Sein bahnbrechendes Buch – ergänzt um ein neues, die vergangenen zehn Jahre überblickendes Vorwort – ist neu aufgelegt worden. Es vermittelt eine Lektüre, die niemand verpassen darf – ein Politikum ersten Ranges.

Thilo Sarrazin: «Deutschland schafft sich ab – Wie wir unser Land aufs Spiel setzen». Langen-Müller, München 2021 (DVA, München 2010), 469 S. brosch., (Richtpreis Fr. 24.50)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 22.05

Bestellschein

Bestseller

- Dr. K. Reiss, Dr. S. Bhakdi – Corona-Fehlalarm **à Fr. 19.70**
 Thilo Sarrazin – Der Staat an seinen Grenzen **à Fr. 31.40**

Schweiz

- Beat Kappeler – Der Superstaat **à Fr. 30.60**
 Oliver Zimmer – Wer hat Angst vor Tell? **à Fr. 26.10**
 K. Beck/W. Widmer – Corona in der Schweiz **à Fr. 16.00**

Aktuell

- Heinz-Peter Meidinger – Die 10 Todsünden ... **à Fr. 27.80**

Hörbuch

- Thomas Kielinger – Winston Churchill **à Fr. 26.00**

Buchzeichen

- Thilo Sarrazin – Deutschland schafft sich ab **à Fr. 22.05**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach

Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(03/12.02.2021)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 12. Februar 2021

Magazin

Corona: KMU-Killer?

mit Markus Bösiger, Hotelier und Richard Aschberger, Regierungsratskandidat

Freitag, 19. Februar 2021,

Magazin

Burka & Niqab: Angriff auf Frauenrechte?

Anian Liebrand diskutiert mit politisch aktiven Frauen über die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot».

Aufzeichnungen und Live-Sendungen werden wie geplant durchgeführt.

Aufgrund der aktuellen Lage ist jedoch die Anwesenheit von Zuschauern weder für Aufzeichnungen noch für Live-Sendungen erlaubt.

Beizen auf für Büezer

Online-Petition

Jetzt Unterschreiben!

www.beizen-für-büezer.ch

Bleiben Sie auf dem Laufenden!

Jetzt die Telegram-App herunterladen!

Folgen Sie uns auf Telegram:

t.me/schweizerzeit

**JA zur Schweiz
NEIN zum
Islamismus!**

**Ja zum
Verhüllungsverbot!**

**Unterstützen Sie
unsere
Abstimmungskamp!**

schweizerzeit.ch/vvi

Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

26. Februar 2021

Diskurs-Verlagerung

Mit der Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» könnte unserem Lager der erste nationale Abstimmungserfolg seit mehreren Jahren gelingen. Obwohl die Befürworter in den öffentlichen Diskussionen überzeugen und sich namhafte Frauenrechtlerinnen – ohne Bezug zur SVP – mit starken Stellungnahmen einbringen, muss vor selbstgefälliger Siegesgewissheit gewarnt werden. Noch ist gar nichts gewonnen!

Die altbekannte linksliberale Meinungsdominanz, allen voran die Ringier-Presse, lässt nichts unversucht, um die positive Grundstimmung, welche die Verhüllungsverbots-Initiative derzeit beflügelt, umzukehren. Nachdem sie gemerkt haben, dass das «Kleidervorschriften»-Argument keinen denkenden Bürger vom Hocker reisst, lenken «Operation Libero», Gössi-Freisinn und ihre linken Verbündeten die Debatte nun auf Nebengleise.

Ohne Grundlage wird neuerdings behauptet, die Initianten würden Maskottchen verbieten wollen – und überhaupt: Im Vorstand des Egerkinger Komitees sitze keine einzige Frau... Wer mit solchen Witz-Argumenten in die «Schlacht» ziehen muss, pfeift wahrlich aus dem letzten Loch. Wenngleich diese Diskussionen durchaus Unterhaltungswert bieten: Un-

terschätzen darf man sie nicht. Gestreute Unsicherheiten haben schon so mancher Volksinitiative entscheidende Stimmen gekostet.

Diesen durchsichtigen Manövern treten wir am besten entgegen, indem wir unsere Hauptargumente «bis zum Umfallen» wiederholen. Da die Sicherheitsargumente systematisch totgeschwiegen werden, hilft jetzt insbesondere jeder Leserbrief, der die Initiative als wirksames Mittel gegen vermummte Chaoten bewirbt.

Noch viel besorgniserregender als der argumentative Niveauverlust ist der Umstand, dass landesweit Plakate in wohl noch nie gesehenem Ausmass zerstört werden. In manchen Regionen wurde mit grossem Aufwand jedes einzelne Plakat entwendet – mitsamt den Aufbau-Vorrichtungen. In sozialen Medien prahlen unbedarfte junge Migranten mit Videos, in denen sie ihre Straftaten dokumentieren und in aller Öffentlichkeit unverhohlen damit prahlen.

Weit haben wir es gebracht in unserer schönen Schweiz! Kämpfen wir also die restlichen drei Wochen weiter – für Freiheit und Sicherheit.

Anian Liebrand

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus
Melz, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

**Schluss
Punkt** 